

RENTENRESERVEN

Mehr Rendement!

Die Regeln zur Verwaltung der Rentenreserven sollen gelockert werden. Die Hoffnung, damit das luxemburgische Rentensystem dauerhaft abzusichern, ist trügerisch.



Prost! Auf meinen Enron-Parmalat-Pensionsfonds!

(Foto: Hilde Leubner)

(RK) - Die Budgetreserve der Rentenkassen zu vergrößern, das sei das Hauptziel des neuen Gesetzes, erklärte Berichterstatter Niki Bettendorf (DP) am vergangenen Dienstag in der Chamber. Eine Reform der Verwaltung der Rentenreserven war seit langem gefordert worden. Denn ein Großteil der immerhin fünf Milliarden Euro wird derzeit in Kurzzeitdepots angelegt, mit entsprechend niedrigen Zinssätzen. Zwei Studien, erstellt vom Bureau international du Travail (BIT) und von Price-Waterhouse-Coopers (PWC) hatten empfohlen, die Investitionsregeln für die Reserven zu lockern. So könne man von den wesentlich höheren Erträgen der Finanzmärkte profitieren.

Die Gewerkschaften hatten diese Vorschläge mit gemischten Gefühlen aufgenommen: der Ausblick auf Leistungsverbesserungen bei den Renten steht die Gefahr gegenüber, dass Profitstreben über die Vorsicht siegt. Bei einem Börsenkrach wären dann die Reserven futsch. Diese Kritik vor Augen, versicherte Niki Bettendorf, die Profitmaximierung sei kein Selbstzweck, sondern diene dazu, den Fortbestand des luxemburgischen Rentensystems abzusichern.

Widersprüchliche Studien

Ähnlich hat PWC argumentiert: Der niedrige Ertrag der derzeitigen Anlagen riskiere, zu einer Finanzierungs Krise zu führen. Dagegen müsse eine Investitionsstrategie mit riskanteren Anlagen eigentlich als sicherer gelten. Allerdings sind die PWC-Berechnungen, die das belegen sollen, vor dem Beginn der jetzigen Finanzkrise erstellt worden. Die Autoren des "Exposé des motifs" des Gesetzentwurfs verweisen denn auch auf jüngste Studien,

die eher gegen Investitionen in Aktien sprechen. Fazit: Es ist müßig zu streiten, ob Anlagen in Aktien mehr eingebracht haben als solche in Obligationen. Konsequenz sind die Autoren aber nicht. Ein paar Seiten weiter heißt es im "Exposé": "Zahlreiche Statistiken beweisen, dass auf sehr lange Sicht die Erträge von Aktien höher sind als die anderer Finanzanlagen."

Neben der DP zeigte sich auch das ADR empfänglich für das Versprechen höherer Erträge. "Die Priorität muss auf dem 'Rendement' liegen", so Gast Gibéryen. Ganz anderer Meinung war dagegen Serge Urbany ("Déi Lénk"). "Hände weg von den Rentenreserven", warnte er, denn das Gesetz werde, statt wie bisher sinnvolle Investitionen zu fördern, fünf Milliarden Euro in die Finanzmärkte pumpen. Die sinnvollen Investitionen, die Serge Urbany meint, bestehen aus zinsgünstigen Darlehen an den Staat, an Gemeinden, an Unternehmen und an Eigenheimbauer. Das Problem: Sie werden derzeit, angesichts der günstigen Zinssätze bei Bankkrediten kaum mehr in Anspruch genommen. Und die Kurzzeitdepots, in denen die Budgetreserven angelegt sind, kommen letztendlich auch den Banken und Finanzmärkten zugute.

Dass die Ist-Situation unbefriedigend erscheint, erklärt wohl auch, warum die restlichen Redner sich wohlwollend kritisch äußerten. Der Ertrag dürfe nicht das Maß aller Dinge sein, betonte Jeannot Krecké, der dem liberalen Flügel der LSAP zugerechnet wird. "Diejenigen, die alles auf das 'Rendement' gesetzt haben, sind 2001 auf die Nase gefallen", so Jeannot Krecké weiter. Deshalb sei er auch dafür, einen klei-

nen Teil der Reserven in ethische Fonds zu investieren. Diese Möglichkeit ist im Gesetz zwar ausdrücklich vorgesehen, aber solche Investitionen müssen mit dem Hauptziel der Investitionsstrategie vereinbar sein: der Vergrößerung der Reserven ... Dass unter diesen Umständen wirklich Geld in ethische Fonds fließt, ist eher unwahrscheinlich.

Risiko Rente

François Bausch ("Déi Gréng"), wie Jeannot Krecké auch eher wirtschaftsliberal gesinnt, schwor den Illusionen des Finanzkapitalismus ab: "Wir sehen eine Zäsur in der Entwicklung der Finanzmärkte, ein dauerhaftes Ende der Riesenprofite." Doch nicht nur die Opposition verband ihre Zustimmung mit mahnenden Worten. Paul-Henri Meyers brach im Namen der CSV eine Lanze für die sinnvollen Investitionen, die Arbeitsplätze erzeugen. Und fügte hinzu: "Ich wünsche denen, die die Reserven verwalten werden, eine glückliche Hand." Nicht gerade ein Vertrauensvotum für die Rechenkünste von PWC ...

Nachdenklich stimmt auch eine im März erschienene Studie der OECD zu den Auswirkungen der Überalterung auf die Finanzmärkte. Zur Erinnerung: Die Analysen und Empfehlungen dieser internationalen Organisation tragen seit Jahrzehnten maßgeblich dazu bei, dass die Rentensysteme in den reichen Ländern privatisiert werden. Einzig der Rückgriff auf Kapitalisierung, Privatversicherungen und risikobehaftete Anlagen werde es ermöglichen, die Renten abzusichern, so der Tenor der OECD-Papiere.

Um so erstaunlicher ist es, dass in der Studie "Ageing and Financial Markets" nicht mehr die Aktienmärkte als Rettung vor der drohenden Überalterung dargestellt werden. Im Gegenteil: Die Generation, die ihre Altersvorsorge teilweise auf Aktien aufgebaut hat, tritt jetzt ins Rentenalter ein, und muss ihre Geldanlagen verflüssigen. Da es aber immer mehr ältere und weniger junge Menschen in den reichen Ländern gibt, werden mehr Aktien zum Verkauf angeboten, als es Käufer gibt. Dass es nun die Überalterung ist, die die Finanzmärkte bedroht, bereitet den OECD-Experten Sorgen. Für die BürgerInnen, die den Ratschlägen der OECD gefolgt sind und Privatversicherungen abgeschlossen haben, heißt es Abschied nehmen von den versprochenen hohen Rentenzahlungen. Und die Steigerung des Aktienanteils bei der luxemburgischen Rentenreserve von null auf zwanzig Prozent war wohl auch keine so großartige Idee.

Hick-Hack ums Pressegesetz geht weiter

Die Verleger machen mobil. Nach Jahren der Uneinigkeit ist es dem Verlagshaus Editpress gelungen, die Interessen der meisten VerlegerInnen zu bündeln. In einem Brief an die Medienkommission, welcher der woxx vorliegt, fordern VerlegerInnen, ChefredakteurInnen und einzelne Journalisten diese auf, die Debatte um das geplante Pressegesetz neu zu eröffnen und den Entwurf nicht, wie eigentlich vorgesehen, noch vor den Wahlen zur Abstimmung zu bringen. Den Brief haben so illustre Personen unterschrieben wie Alain Berwick von RTL, Danièle Fonck vom Jeudi, Mario Hirsch vom Lëtzebuerger Land, Alvin Sold vom Tageblatt, Fernand Weides vom 100,7 und Ali Ruckert von der Zeitung. Die woxx ist nicht dabei.

Ein Schelm, wer bei dieser Initiative Böses denkt. Leider präzisiert der Brief nicht, ob es in der geforderten Debatte vor allem um Verlegerinteressen gehen soll - Editpress interveniert schon seit Wochen gegen ein journalistenfreundliches Autorenrecht (siehe woxx Nr. 732) - oder aber um mehr Rechte für die Journalistinnen. Die warten nämlich weiterhin auf ein verbrieftes Informationsrecht, das Behörden vorschreibt, der Presse gegenüber Auskunft zu geben.

Energiewende braucht Großanlagen

Viel Lob hatten im Herbst 2001 die großherzoglichen Reglemente zur Förderung erneuerbarer Energien geerntet, von Umweltorganisationen, von den Grünen und sogar ... von der woxx. Vielleicht, weil es im Bereich Umwelt sonst nicht viel zu loben gab. Daran hat sich nichts geändert, von einem Detail abgesehen: Die Regierung plant, die Reglemente abzuändern und dabei bestimmte Fördermaßnahmen einzustellen.

Der Mouvement écologique und die Vereinigung zur Unterstützung der Sonnenenergie, Eurosolar, kritisieren das Regierungsvorhaben. Stein des Anstoßes ist der Wegfall der Einspeisevergütung für große Anlagen (über 50 Kilowatt). Anhand von Zahlen belegen die KritikerInnen, dass solche Anlagen nicht mehr rentabel wären. Das führe dazu, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht wirklich vorankomme, so die beiden NGOs. Denn: Mit einer Begrenzung auf 50 Kilowatt würden die besonders ergiebigen Standorte nicht ausgenutzt. Die Neufassung der deutschen EEG-Verordnung dagegen hebe das bis dato bestehende Limit für Anlagen über 100 Kilowatt auf. Die NGOs appellieren an die parlamentarische Umweltkommission, das Reglement in seiner jetzigen Form beizubehalten.

Grüner Anschlag

Bislang hatte sich das noch keine Partei getraut: einen Cyberanschlag auf die woxx zu verüben - zumindest noch keine, die das Opfer erkannt hätte. Mit dieser Diskretion ist jetzt Schluss.

Schwarz auf Weiß ist es zu lesen "You are a bad writer" - Absender die Grünen. Mit bloßen Belehrungen gibt sich die "Ziehmutter" der woxx gar nicht erst zufrieden und liefert das "grüne Gift" gleich mit: einen fieseren Schädling, leicht zu übersehen und schwer zu definieren - Virus, Wurm oder Trojaner. Er sollte direkt ins Herz treffen: den Server der woxx infizieren, dann gewiss das System ausspionieren und unbemerkt ins grüne Büro zurückkehren. Sabotage! Ein verspäteter Racheakt, nachdem die Grünen vor Wochen im Eifer des Gefechtes ihr Gratisabo kündigten? Die woxx ist doch längst nicht mehr grün hinter den Ohren, aber "Mutti" wird langsam alt. "You are a bad loser". Mit einem Lächeln killt die woxx den Schädling. Alles wieder im grünen Bereich.